weiligen Behandlungstermin ein Formblatt für eine Unterstützung für den Landeswahlvorschlag der [...] bei der Nds. Landtagswahl 2017 ging. Das Ermittlungsverfahren wurde schließlich nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt, dass dem beschuldigten Arzt keine Täuschungshandlung i. S. v. § 108a StGB nachgewiesen werden konnte.

Die Ärztekammer Nds. hat daraufhin ein berufrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Arzt nach § 74 Abs. 2 des Kammergesetzes für die Heilberufe eingeleitet. In seiner von der Ärztekammer erbetenen Stellungnahme hat der Arzt ausgeführt, dass er ohne jede Beanstandung bereits zur Bundestagswahl 2013, zur EU-Wahl 2014 und zur Kommunalwahl 2016 die Formulare der Landeswahlleitung Hannover zum Einsatz in seiner Praxis gebracht habe. Die Pressebeurichterstattung hat der beschuldigte Arzt als Medienkampagne bezeichnet, die nur dazu beitragen solle, das Erscheinen der [...] auf den Wahlzetteln mit allen Mitteln zu verhindern. Ferner hat er darauf verwiesen, dass das Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden sei, so dass auch kein Verstoß gegen seine Berufspflichten als Arzt vorliegen würde.

[...]

Aus den Gründen: Aufgrund des [...] festgestellten Sachverhalts hat der beschuldigte Arzt gegen seine Berufspflichten nach § 2 Abs. 2 S. 1 der BO der Ärztekammer Nds. verstoßen, wonach der Arzt seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihm bei seiner Berufsausübung entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen hat. Eine gewissenhafte Berufsausübung umfasst auch und gerade den angemessenen Umgang mit den Patienten außerhalb der Behandlung als solcher. Denn die Patienten vertrauen dem Arzt bis zum Ende der Behandlung. Dies schließt auch die Erwartung mit ein, von dem Arzt in seiner Arztpraxis nicht mit Belangen konfrontiert zu werden, die in keinem Bezug zur Erfüllung der ärztlichen Aufgaben stehen.

Zur Ahndung des Verstoßes gegen die Berufspflichten hat das BerufsG eine Geldbuße in Höhe von 750,-€ für erforderlich und auch ausreichend erachtet. Eine Geldbuße in dieser Höhe schien erforderlich, um dem beschuldigten Arzt sein Fehlverhalten vor Augen zu führen und ihn anzuhalten, zukünftig seinen Berufspflichten sachgerecht nachzukommen.

[...]

<https://doi.org/10.1007/s00350-020-5639-3>

Anmerkung zu Ärztl. BerufsG Nds., Beschl. v. 23.9.19 – BG 2/18

Christoph Rosset

Der in der knappen Entscheidung abgehandelte Sachverhalt ist unproblematisch und die Einwände des Arztes liegen neben der Sache. Insbesondere ist ein etwaiger Verstoß gegen Berufsrecht unabhängig vom Vorgehen der Staatsanwaltschaft zu prüfen.

Patienten haben zu ihrem Arzt besonderes Vertrauen. Dieses im Zusammenhang mit einer aktuellen Behandlung einzusetzen, um eine bestimmte Partei zu unterstützen, setzt den Patienten unter Druck. Es ist naheliegend, dass man seinem Arzt so etwas nicht abschlagen möchte. Der eine oder andere wird befürchten, dass er in Zukunft schlechter Termine bekommt oder dies Einfluss auf die Sorgfalt der Behandlung hat.

Davon zu unterscheiden ist die Frage, ob und inwieweit der Arzt in seiner Praxis Werbung für eine von ihm unterstützte Partei machen darf. Im weitesten Sinne handelt es sich auch dabei um Werbung. Ausdrücklich verbietet § 27 Abs. 3 S. 2 MuBO die Werbung für eigene oder fremde gewerbliche Tätigkeiten oder Produkte im Zusammenhang mit der ärztlichen Tätigkeit.

Bei der Werbung für die eigene gewerbliche Tätigkeit ist das Spannungsverhältnis zu Art. 12 GG zu beachten, denn die eigene gewerbliche Tätigkeit ist, sofern sie ordnungsgemäß getrennt wird von der ärztlichen, zulässig¹. Die Werbung für eine bestimmte politische Partei oder allgemein, für staatsbürgerliches Engagement, ist hingegen keine Werbung für eigene gewerbliche Tätigkeit, vielmehr besteht hier allenfalls ein Spannungsverhältnis zum Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Art. 5 Abs. 1 GG. Ob ein Arzt gut beraten ist, in seinem Wartezimmer entsprechende Verlautbarungen und Plakate auszulegen, sei dahingestellt. Verboten wird man es ihm nicht können, daher sind auch entsprechende Entscheidungen nicht bekannt. Er darf bloß nicht, wie in der obigen Entscheidung, direkt Einfluss auf den Patienten nehmen.

Ein besonderes Verhältnis, das die Reichweite der freien Meinungsäußerung betrifft, besteht zu den ärztlichen Körperschaften, insbesondere der Kassenärztlichen Vereinigung und zu den Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung.

Anlässe für immer wieder auftretende Streitigkeiten sind vom Gesetzgeber oder Kassenärztlicher Vereinigung veranlasste Leistungsbeschränkungen und insbesondere Regressmechanismen und deren befürchtete oder tatsächliche Auswirkungen.

Das BSG hatte sich in einer Entscheidung v. 11.9.2002² mit der Ankündigung eines Arztes gegenüber der KÄV befasst, nach Erreichen seiner Budgetgrenze ärztliche Leistungen bis zum Quartalsende nicht mehr selbst zu erbringen bzw. an andere Ärzte zu überweisen oder die Patienten ins Krankenhaus einzuweisen. Das BSG prüft anhand des Schutzbereichs des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG ob eine Tatsachenbehauptung oder ein – tendenziell stärker geschütztes – Werturteil vorlag, was bei der Ankündigung des betroffenen Arztes im Vordergrund stand. Der sich daraus ergebenden Vermutung für die Rechtmäßigkeit der Äußerungen hat das BSG die durch §§ 75, 77 ff. SGB V geschützten Belange wie die Verwaltungseffizienz der KÄV, möglichst geringe Störung ihrer Verwaltungsabläufe sowie die damit zusammenhängende Funktionsfähigkeit des vertragsärztlichen Systems gegenübergestellt. Außerdem hat es in die Abwägung zusätzlich einbezogen, die Ankündigung, die budgetierten Leistungen nicht mehr zu erbringen, würde eine schwere Verletzung vertragsärztlicher Pflichten bedeuten. Mit dieser Abwägung hatte sich der Disziplinarausschuss nicht befasst, daher wurde der Bescheid aufgehoben.

Die Grundsätze zur Meinungsfreiheit von Vertragsärzten stellen *Steinhilper* und *Schiller* in MedR 2003, 661 ausführlich und immer noch gültig dar; mit dem disziplinarrechtlichen Hintergrund und die Grenzen der Meinungsäußerung im ärztlichen Alltag befasst sich *Hesral*, in: Ehlers, Disziplinarrecht, 2. Aufl 2013, Rdnrn. 129–136.

[...]

Dr. iur. Christoph Rosset,
Rechtsanwälte Rosset, Merz & Partner PartGmbH,
Schwarzwaldstr. 1, 79117 Freiburg, Deutschland

1) BVerfG, Beschl. v. 1.6.2011 – 1 BVR 235/10 –, BeckRS 2011, 52454 und die weiteren Nachweise bei *Ratzel*, Kommentar zur Musterberufsordnung der Deutschen Ärzte, 6. Aufl. 2015, § 27, Rdnr. 24.

2) BSG, Urt. v. 11.9.2002 – B 6 KA 36/01 R –, MedR 2003, 357.